

## **Sicherung der Arbeitsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes der Landkreise**

Der Deutsche Landkreistag erkennt die Probleme der derzeitigen Aufgabenerfüllung wie auch der fachlichen Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes in den Landkreisen. Anlass waren die zunehmenden Schwierigkeiten, ärztliche Funktionsstellen in den Gesundheitsämtern der Landkreise kurzfristig und adäquat zu besetzen. Im Folgenden werden Vorschläge vorgelegt, wie Maßnahmen aussehen können, um die personelle wie strukturelle Situation des öffentlichen Gesundheitsdienstes in den Landkreisen zu verbessern:

### **1. Ausbildung von mehr Ärzten – auch für den Öffentlichen Gesundheitsdienst**

Der Deutsche Landkreistag unterstützt alle sinnvollen Maßnahmen, um die beispielsweise aufgrund der demografischen Entwicklung notwendige Vermehrung der zur Verfügung stehenden Ärzte zu erreichen. Hierzu ist u. a. eine Erhöhung der Zahl der Studienplätze und eine Entlastung der ärztlichen Tätigkeit von nicht notwendigem bürokratischem Aufwand nötig.

Daneben ist im öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) genau so wie in Krankenhäusern und bei niedergelassenen Ärzten die ärztliche Tätigkeit soweit wie möglich auf die notwendigen Aufgaben zu beschränken. Aus Sicht des Deutschen Landkreistages können weitere Aufgaben, die derzeit von Ärzten wahrgenommen werden müssen, auch auf andere medizinische Fachberufe übertragen werden, ohne dass dies zu Qualitätseinbußen führt. Ebenso können Möglichkeiten zu einer erweiterten Unterstützung, bspw. durch Verwaltungsfachkräfte, zu einer Entlastung führen.

Insgesamt muss – bei überschaubaren Ergebnissen in der Vergangenheit – auch eine Aufgabenkritik eine Daueraufgabe bleiben. Angesichts der in der Öffentlichkeit eher steigender Erwartungen an den ÖGD, bspw. im Zusammenhang mit der Diskussion zur Verbesserung des Kinderschutzes und der Organisation von frühen Hilfen für Kinder und ihre Eltern, müssen Organisationsformen gefunden werden, die auch von anderen Berufsgruppen erfüllt werden können.

### **2. Attraktivität des öffentlichen Gesundheitsdienstes in den Landkreisen**

- a) Das Arbeitsumfeld des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist attraktiv. Dennoch ist es erforderlich, dies weiter zu entwickeln und auch nach außen darzustellen. Zur Attraktivität zählt es auch, Ärzten berufliche Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Hierzu zählt auch die Arbeitszeitgestaltung in den Gesundheitsämtern der Landkreise. Gerade hier bietet der ÖGD deutliche Vorteile gegenüber dem Dienst in Krankenhäusern und in freier Niederlassung.
- b) Der ÖGD hat klassische Aufgaben des Gesundheitsschutzes, vor allem der Prävention und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes, der infektionshygienischen Überwachung von Gemeinseinrichtungen (wie Schulen und Kindergärten und medizinischen Einrichtungen wie Krankenhäusern) sowie des Verbraucherschutzes. Daneben hat er auch eine lange Tradition in der gesundheitlichen Fürsorge für Schwangere, Säuglinge, Kinder und psychisch kranke Menschen. Dies wird nicht zuletzt in der wichtigen Rolle des ÖGD im Rahmen des Kinderschutzes und der Koordination „Früher Hilfen“ deutlich. Der ÖGD bietet daher ein interessantes und spannendes Arbeitsfeld für junge Ärztinnen und Ärzte.

- c) Der Zugang zum Beruf, insbesondere die Weiterbildung zum Facharzt im öffentlichen Gesundheitsdienst, ist zu erleichtern. Neben den nicht von den Landkreisen zu beeinflussenden Voraussetzungen wie Zugang zu und Umfang der notwendigen Qualifikation, sollte von den Landkreisen auch die Einstellung mit noch nicht abgeschlossener Facharztausbildung für den öffentlichen Gesundheitsdienst erwogen werden (Weiterbildungsbefugnis durch die Ärztekammern). Auch ob eine Finanzierung der entsprechenden Weiterbildung bzw. eine Freistellung der Ärzte für die notwendigen Weiterbildungsmaßnahmen erfolgt, sollte von den Landkreisen geprüft werden.
- d) Insgesamt würde sich ein stärkeres Engagement der Ärzte des ÖGD bei der ärztlichen Ausbildung auch positiv auf das Berufsbild des Amtsarztes bei Nachwuchsmedizinern auswirken. Die Verzahnung zwischen den medizinischen Fakultäten und dem ÖGD ist deutlich und nachhaltig zu verbessern und zu intensivieren. Hierzu zählt auch die Möglichkeit, Weiterbildung auch für die Bereiche Kinderheilkunde, Psychiatrie und Allgemeinmedizin im ÖGD zu ermöglichen sowie Teile von Famulaturen oder des Praktischen Jahres im ÖGD abzuleisten
- e) Die Vergütungssituation der Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst ist ebenfalls näher zu betrachten. Hierbei ist auch zu untersuchen, ob ggf. eine stärkere Verbeamtung, die angesichts der Tätigkeiten der Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst rechtlich in Betracht kommt, verstärkt vorgenommen werden könnte. Dies führt regelmäßig auch zu einer als günstiger empfundenen Besoldungs- und Versorgungssituation. Hier ist auch über höhere Besoldungsmöglichkeiten bereits beim Berufseinstieg nachzudenken.
- f) Weitere Einzelvorschläge:
- Ermöglichung der Teilnahme an Weiterbildungskursen der Akademien für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf und München
  - Unterstützung der Fortbildungsverpflichtungen nach dem Heilberufegesetz
  - Heraufsetzung des Verbeamtungsalters über das 35. Lebensjahr hinaus

Berlin, September 2010